

Wirtschaft

Wenn der Roboter den Burger liefert

Logistik In der Schweiz wurde der Testbetrieb mit den Lieferrobotern der Firma Starship Technologies gestoppt – weil es Probleme mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen gab. Amerika ist da fortschrittlicher. Das Geschäft mit den autonomen Boten boomt.

Renzo Ruf, Fairfax (Virginia)

Sie sind effizient, wendig – und ausgesprochen höflich. Die Roboter der Firma Starship Technologies, die seit Jahresbeginn auf dem Campus der George Mason University (GMU) in einem Vorort von Washington für die Auslieferung von Mahlzeiten zuständig sind, bedanken sich nach abgeschlossener Transaktion artig. Dann sagen sie dem Kunden «Have a nice day», bevor sie sich auf ihren sechs Rädern wieder aus dem Staub machen.

Mark Kraner jedenfalls ist begeistert. Der Mann, der in der GMU-Leitung für die Restaurants und Detailhändler zuständig ist, die auf dem weitläufigen Campus in Fairfax im Bundesstaat Virginia eine Filiale betreiben, sagt: Die Bilanz, die er fünf Monate nach dem Beginn des Testbetriebs ziehe, sei äußerst positiv. «In den Spitzenzeiten ist die Nachfrage derart gross, dass wir Schwierigkeiten haben, sämtliche Bestellungen innerhalb der gewünschten 30 Minuten zu erfüllen», obwohl doch mittlerweile bereits 43 Roboter unterwegs seien. Die mehr als 37'000 Studierenden, die in der staatlichen George Mason University eingeschrieben sind, hätten sich derart schnell an das neue Angebot gewöhnt, dass die autonomen Transporter keine Reaktionen mehr auslösten, sagt Kraner.

Gesichter der Kunden werden unkenntlich gemacht

In Zahlen ausgedrückt: Seit Beginn des Testbetriebs lieferten die Roboter gegen 25'000 Bestellungen aus – Kaffee von Starbucks, belegte Brote von Einstein Bros., Bagels oder Burger von Steak'n Shake. Der GMU-Campus ist eine von acht «Nachbarschaften» in Amerika, in denen



Ahti Heinla, Mitgründer von Starship Technologies, mit dem Roboter des Unternehmens.

Bild: Mihkel Maripuu/Imago (Tallinn, 30. November 2018)

«In den Spitzenzeiten ist die Nachfrage derart gross, dass wir Schwierigkeiten haben, sämtliche Bestellungen zu erfüllen.»

Mark Kraner
George Mason University

die Roboter der Firma Starship Technologies, die 2014 durch die Skype-Erfinder Janus Friis und Ahti Heinla ins Leben gerufen wurde, derzeit unterwegs sind. Weil der Bundesstaat Virginia autonomen Fahrzeugen aufgeschlossen gegenübersteht, ist auch kein menschlicher Aufpasser notwendig, der die Roboter begleiten muss – so wie dies bei der Starship-Kooperation mit der Post der Fall war, die in diversen Schweizer Städten durchgeführt wurde. Natürlich wird aber auch der Einsatz der GMU-Lieferrobo-

ter ständig überwacht. In einem Nebenzimmer des Empfangsgebäudes der Universität sitzen zwei Studenten vor Bildschirmen, um die Roboter im Auge zu behalten und nötigenfalls einzuschreiten, wenn es während der Betriebszeiten (die derzeit aufgrund der Semesterferien eingeschränkt sind) zu Problemen kommt. Mark Kraner sagt aber, dass dies bisher – «glücklicherweise» – nur selten der Fall war.

Dann erzählt er von einem Studenten, der herausfinden wollte, ob er einen Roboter an der Durchfahrt hindern könnte. Der Roboter habe ihn daraufhin, über seinen Lautsprecher, darum gebeten, ihn passieren zu lassen. Der Student allerdings liess nicht locker und blockierte das Fahrzeug, das mittlerweile ferngesteuert wurde, weiter – worauf der Roboter über den Fuss des Studenten fuhr. Diese Episode zeigte: «Es zahlt sich nicht aus, einen Roboter zu drangsaliieren», sagt Kraner. Detail am Rande: Weil es sich bei Starship um eine europäische Firma handelt, kommt die Datenschutz-Grund-

verordnung der Europäischen Union zur Anwendung – so werden die Gesichter der Menschen, die ins Blickfeld der Roboter-Kameras geraten, automatisch unkenntlich gemacht.

Abgewickelt werden die Bestellungen über eine Smartphone-Applikation des Roboter-Herstellers – wobei die Kundin mit Hilfe einer Karte des Campus einen Anlieferort, der sich im Freien befinden muss, festlegen kann. Der Roboter-Hersteller, dessen amerikanischer Sitz sich in Kalifornien befindet, verrechnet den Kunden für jede Lieferung einen Zuschlag von umgerechnet 1.95 Franken. Hinzu kommt eine Umsatzbeteiligung, über deren Höhe sich die involvierten Unternehmen ausschweigen. Eric Bolin, ein Sprecher von Starship Technologies, lehnte es ab, die Fragen dieser Zeitung innerhalb nützlicher Frist zu beantworten.

Deutlich höherer Umsatz für die Restaurants

Mark Kraner ist überzeugt davon, dass dieses Modell grosses Potenzial berge. Er sagt, er werde von Vertretern anderer Universitäten regelmäßig auf die Roboter angesprochen und wende deshalb mittlerweile viel Zeit dafür auf, die Werbetrommel zu rütteln. Eine Frage, die ihm dabei immer wieder gestellt wird: Ist es nicht kontraproduktiv, wenn öffentliche Universitäten Roboter einsetzen, die Menschen ersetzen? Die Antwort von Kraner: «Das Gegenteil trifft zu.» Erstens habe Starship Menschen anstellen müssen, die den Betrieb der Roboter überwachen. Und zweitens generierten die Restaurants, die auf der Starship-App vertreten sind, dank des neuen Angebots einen deutlich höheren Umsatz.

Aussichten

Aufhören, bei der Verantwortung um den heissen Brei zu reden

Als ich im Frühjahr in Südafrika reiste, las ich am 3. Februar 2019 in der «Sunday Times» (auf Seite 11) einen Beitrag mit dem Titel «World powers warn SA on graft», zu Deutsch: «Weltmächte warnen Südafrika wegen der grassierenden Korruption.» Welche Weltmächte wirkten mit an dem gemeinsam eingereichten vertraulichen Memorandum?

Deutschland, Grossbritannien, die USA, die Niederlande und die Schweiz. Cyril Ramaphosa, der Präsident Südafrikas, wurde mit der deutlich ausgesprochenen Erwartung konfrontiert, dass man endlich konkrete Schritte gegen die Unterwandlung und Ausplünderung Südafrikas durch die korrupte Elite (im Slang Südafrikas «the big fish») und andere Verbrecher erwarte; es geht um die systemi-

sche Korruption in Südafrika. Ausdrücklich forderte man in noch nie dagewesener Art und Weise ein klares Bekenntnis zum Rechtsstaat, eine unabhängige Justiz sowie ehrliche und ethisch einwandfreie Geschäftspraktiken. Dies im Hinblick auf bestehende und künftige Investitionen durch Unternehmen der entsprechenden Staaten in diesem Land.

Ein Mitarbeiter des Präsidenten wurde in der Presse zitiert, dass der Schritt sehr erstaunlich sei, würden sich doch ausländische Staaten nur in die nationalen Angelegenheiten einmischen, wenn Regierungen Gesetze verletzen oder gegen Menschenrechte verstossen würden. Und wenn grosse Unternehmen oder mächtige Unternehmer es tun – das ist

egal oder wie? Dass Regierungsbeamte Südafrikas sich mit (durchaus auch ausländischen) Unternehmern im Schlamm der Korruption suhlen, ist seit Jahren erwiesen. Wenn man weiss, dass 75 Prozent der direkten ausländischen Investments in Südafrika aus den fünf genannten Staaten stammen, wird offensichtlich, dass der Vorstoß in Pretoria vor allem erfolgte, um die ausländischen Investoren zu schützen.

Im Zusammenhang mit der Konzernverantwortungsinitiative (KOVI; ich bin eine dezidierte Befürworterin) wird als eine der Verschwörungstheorien erzählt, die Schweiz mische sich damit in das Recht fremder Staaten ein – was kompletter Unsinn ist. Menschenrechte und Umweltregeln, die international

definiert sind, müssen weltweite Geltung haben. Es darf keine Arbitrage wie im Devisenhandel geben, wo man eben unterschiedliche Preislevels ausnutzen darf. Damit die Regeln wirklich Geltung erlangen, muss deren Durchsetzung gefordert werden können und es müssen Unternehmen Verantwortung übernehmen, wenn sie unsorgfältig handeln.

Eigentlich sind wir alle für Menschenrechte und für die Umwelt, wenn sie nahe genug sind. Zum Beispiel Gletscher – so wie der Economiesuisse-Jünger Ruedi Noser. Er argumentierte unlängst in der «Rundschau» gegen klare Regeln für Konzerne damit, dass es reiche, wenn die Presse hinschauke. Die gleiche Sendung hat später aufgezeigt, wie es wirklich ist:

Glencore vergiftet in der Mponi-Mine in Sambia seit 20 Jahren Menschen mit Schwermetallen – trotz grossem Druck von NGOs und Presse. Es ist paradox: Wer in den Medien ankreidet, wird von denselben Kreisen darauf hingewiesen, all das Behauptete sei unwahr und es gäbe kein Gerichtsurteil ...

Als Richterin und Anwältin weiss ich, wie kompetent und ernsthaft sich Gerichte in der Schweiz seit Jahrzehnten mit ausländischem Recht, sich im Ausland ereignenden Sachverhalten und Fakten auseinandersetzen. Davon profitieren nicht zuletzt Schweizer Unternehmen, die im Ausland tätig sind.

Also hören wir endlich auf, um den heissen Brei herumzureden. Es ist im 21. Jahr-

hundert unwürdig, solche Debatten zu führen. Und im Übrigen: Kanada, die Niederlande, Grossbritannien, Frankreich – die sind alle viel offener und gehen das Problem so an, wie es sich gehört. Sie sagen: Wer Verantwortung hat, soll auch die Konsequenzen tragen. Internationale Standards dürfen nicht der Rhetorik der Uneigentlichkeit überlassen werden.



Monika Roth
Monika Roth ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern.